

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>19.04.2024</b>
Thema	<b>Bildung und Forschung</b>
Schlagworte	<b>Zwischenstaatliche Beziehungen, Grundschulen, Migrationspolitik</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Gesellschaftliche Debatte</b>
Datum	<b>01.01.1998 - 01.01.2018</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Benteli, Marianne  
Bernath, Magdalena  
Bernet, Samuel  
Ehrensperger, Elisabeth  
Mosimann, Andrea  
Schär, Suzanne  
Zumofen, Guillaume

## Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Bernet, Samuel; Ehrensperger, Elisabeth; Mosimann, Andrea; Schär, Suzanne; Zumofen, Guillaume 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Bildung und Forschung, Zwischenstaatliche Beziehungen, Grundschulen, Migrationspolitik, Gesellschaftliche Debatte, 2000 – 2017*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 19.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Bildung, Kultur und Medien</b>	1
Bildung und Forschung	1
Grundschulen	1

## Abkürzungsverzeichnis

<b>EDK</b>	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
<b>LCH</b>	Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz
<b>SLRG</b>	Schweizerische Lebensrettungs-Gesellschaft
<b>PH</b>	Pädagogische Hochschule
<b>IKT</b>	Informations- und Kommunikationstechnologien
<b>HarmoS</b>	Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule
<b>VPOD</b>	Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste
<b>Pro Juventute</b>	Stiftung Pro Juventute

---

<b>CDIP</b>	Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
<b>LCH</b>	Association faitière des enseignantes et enseignants de Suisse
<b>SSS</b>	Société suisse de sauvetage
<b>HEP</b>	haute école pédagogique
<b>TIC</b>	Technologies de l'information et de la communication
<b>HarmoS</b>	Accord intercantonal sur l'harmonisation de la scolarité obligatoire
<b>SSP</b>	syndicats des Services publics
<b>Pro Juventute</b>	Fondation Pro Juventute

# Allgemeine Chronik

## Bildung, Kultur und Medien

### Bildung und Forschung

#### Bildung und Forschung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 03.09.2001  
ELISABETH EHRENSPERGER

Bundesrätin Dreifuss sprach sich am 9. Kongress der Europäischen Vereinigung für Lern- und Unterrichtsforschung für eine **Aufwertung der öffentlichen Schule** als Stärkung des Service public aus. Ein Bildungswesen, das Teilnahme und innovative Konzepte fördere, müsse wieder politische Priorität erhalten. Dass dies auch Geld koste, liege auf der Hand. Eine Unterwerfung des Schulwesens unter die Marktgesetze sei zwar auch denkbar und könnte die Autonomie der Schulen vergrössern; damit verbunden wäre aber eine Intensivierung der Unterschiede zwischen den Schulen sowie ein Wandel der Bildung von einem öffentlichen Gut zu einem Produkt.<sup>1</sup>

#### Grundschulen

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 22.11.2000  
ELISABETH EHRENSPERGER

Die **Netd@ys**, eine zum dritten Mal von der Schweizerischen Fachstelle für Informationstechnologien im Bildungswesen organisierte Aktionswoche zum Thema Internet in der Schule, war Anlass, den dringenden Handlungsbedarf in Richtung einer **nationalen Informatik-Strategie** in der Grundausbildung zu thematisieren. Der LCH präsentierte erneut provokative Zahlen: Nur rund ein Prozent der jährlichen Bildungsausgaben von 22 Mia Fr. bedürfte es laut Hochrechnung des LCH, um eine Integration der neuen Kommunikationstechnologien an allen öffentlichen Schulen der Schweiz zu vollziehen, einen Bildungs-Server zu installieren und die Ausbildung der Lehrkräfte voranzutreiben. Bundesrat Couchepin betonte mit Verweis auf die Arbeit der KIG die herausragende Bedeutung der neuen Medien. Die Gewährleistung des technischen Zugangs reiche jedoch nicht aus, gelte es doch eine Zweiklassengesellschaft in der Informationstechnologie zu verhindern und auch in der Lehrerbildung entsprechende Ausbildungsanstrengungen zu machen.<sup>2</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 21.11.2001  
ELISABETH EHRENSPERGER

An den Netdays konnte Bundesrat Couchepin zudem erstmals den **nationalen Bildungsserver [www.educa.ch](http://www.educa.ch)** anklicken. Der Server dient den Lehrkräften als Plattform zum Herunterladen von Unterrichtshilfen sowie der Schülerschaft als Drehscheibe für die Wissensvermittlung. Er soll als Katalysator im Bildungswesen wirken und insbesondere beim Einsatz von ICT eine treibende Funktion einnehmen. Geplant war überdies die Vernetzung nationaler und ausländischer Institutionen und Projekte.<sup>3</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 31.12.2002  
MARIANNE BENTELI

Seit Beginn des Schuljahres 2002/03 können im Kanton **Bern renitente** Schülerinnen und **Schüler** während maximal **zwölf Wochen vom Unterricht ausgeschlossen** werden, wobei allein die Eltern verpflichtet sind, während dieser Zeit für eine angemessene Beschäftigung ihrer Kinder zu sorgen. 18 Mütter und Väter reichten gegen den neuen Artikel des Volksschulgesetzes beim Bundesgericht eine staatsrechtliche Beschwerde ein. Sie machten geltend, ein derart langer Ausschluss ohne begleitende Massnahmen der Behörden verstosse gegen den grundrechtlichen Anspruch auf Schulunterricht und erschwere die Reintegration in die Regelklasse. Das Bundesgericht verneinte zwar eine Grundrechtsverletzung, weil die teilweise Einschränkung des Leistungsanspruchs durch ein öffentliches Interesse oder durch den Schutz von Grundrechten Dritter gerechtfertigt erscheinen könne, weshalb es die Beschwerde abwies. Allerdings stimmte es mit den Beschwerdeführern überein, dass ein Schulausschluss aus pädagogischer und jugendpsychologischer Sicht in Fachkreisen umstritten sei und sich die Dauer von zwölf Wochen „im oberen Teil des Vertretbaren“ bewege. Zudem befanden die Richter, bei einem derart langen Ausschluss dürfe auf eine fachliche Begleitung nicht verzichtet werden.<sup>4</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 16.05.2003  
ELISABETH EHRENSPERGER

Im Rahmen ihrer bildungspolitischen **Wahlplattform** warnte die CVP vor einer drohenden Nivellierung des Schweizerischen Bildungswesens und rief zu mehr Förderung, aber auch zu mehr Forderungen an die Schülerinnen und Schüler auf. So sollten in den Primarschulzeugnissen wieder Noten figurieren; das Erlernen einer zweiten Landessprache sowie des Englischen sollte bereits in der dritten Klasse erfolgen, so dass bis Ende der obligatorischen Schulzeit die Kenntnisse in beiden Fremdsprachen das gleiche Niveau erreicht hätten. Im weiteren forderte die CVP ein gemeinsames Festlegen von Lernzielen durch die Kantone und eine raschere Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher dank der Schule. Und schliesslich sprach sich die Partei auch für Kinder- und Elternberatungsstellen, Kinderkrippen und Tagesschulen aus ebenso wie für die steuerliche Entlastung von Betrieben, die Lehrstellen anbieten.<sup>5</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 23.06.2006  
MAGDALENA BERNATH

Die Schweiz übernahm die **Korrekturen der umstrittenen Rechtschreibreform von 1996**, welche der Rat für deutsche Rechtschreibung vorgeschlagen hatte. Die Änderungen betreffen vor allem die Klärung von widersprüchlichen Regeln. Für die Volksschule sind die Neuerungen ab August 2009 verbindlich.<sup>6</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 23.12.2006  
MAGDALENA BERNATH

HarmoS stiess **weitgehend** auf **Zustimmung**. So zeigte sich der Verband Kindergärtnerinnen Schweiz erfreut, dass das Konkordat viele Themen aufgreife, für die sich der Verband schon früher eingesetzt habe. Der Verband schweizerischer Lehrerinnen und Lehrer sowie die Gewerkschaft VPOD beanstandeten jedoch, dass die EDK den Kantonen die Wahl der ersten Fremdsprache überlassen will. Ebenfalls zu Kritik Anlass gab die Bevorzugung der „harten“ Fächer Mathematik, Naturwissenschaften und Sprachen gegenüber musischen, handwerklichen und bewegungsorientierten Fächern. Bezüglich des Bildungsmonitoring forderte der VPOD klare Leitplanken; Bildungsstandards und Rankings sollten nicht der Selektion dienen. Die „Städteinitiative Bildung Volksschule“, der 23 Städte mit 1,4 Mio Einwohnern angehören, verlangte eine schweizweit einheitliche Ausbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer und die gleiche Bezeichnung der Schulstufen.<sup>7</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 22.04.2008  
ANDREA MOSIMANN

SP, CVP und Grüne sprachen sich gegen das Anliegen aus. Sie befürchteten durch die freie Schulwahl eine **Verstärkung der Ungleichheiten** und eine **Verteuerung der Grundschulbildung**. Die Delegierten der FDP beschlossen im April die freie Schulwahl in ihr Parteiprogramm aufzunehmen. Abweichend vom Verein Elternlobby möchte die FDP die Wahlfreiheit aber auf staatliche Schulen begrenzen.<sup>8</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 22.05.2008  
ANDREA MOSIMANN

Die Schweizerische Lebensrettungsgesellschaft verlangt, dass Schwimmen zu einem obligatorischen Schulfach wird. Im Mai reichte sie bei der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) eine entsprechende Petition mit über 44 000 Unterschriften ein. Die EDK nahm vorerst keine Stellung zu dieser Forderung. Die meisten Kantone stehen einem **Schwimmobligatorium** aber kritisch gegenüber; wegen der fehlenden Infrastruktur befürchteten sie, dass damit hohe Kosten verbunden wären.<sup>9</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 08.09.2008  
ANDREA MOSIMANN

Mit einem „Ja, aber“ äusserte sich der **Verband Schweizer Privatschulen** zum Anliegen der freien Schulwahl. Vorab religiöse Privatschulen bekunden Mühe mit dem Initiativtext, weil z.B. eine katholische Privatschule gezwungen werden könnte ein muslimisches Kind aufzunehmen. Die Privatschulen befürchteten auch einen Verlust an Autonomie, weil der Staat bei der Gestaltung der Lehrpläne oder in ökonomischen Belangen stärker mitreden könnte. Klar abgelehnt wird das Initiativbegehren aus diesen Gründen vom Zürcher Ableger des Verbands.<sup>10</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 11.09.2008  
ANDREA MOSIMANN

Der Erfolg der SVP löste auch **Reaktionen seitens der übrigen Parteien** aus, CVP, FDP und SP warben in den Medien vehement für das HarmoS-Projekt. Die FDP trat im Rahmen eines nationalen Komitees mit über 230 Mitgliedern für das Konkordat ein und die SP startete eine nationale Kampagne zugunsten der Harmonisierung der Volksschule. Auch der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften setzten sich für ein Ja zu HarmoS ein.<sup>11</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 23.06.2010  
ANDREA MOSIMANN

Im Berichtsjahr präsentierte **Economiesuisse** zum ersten Mal **Forderungen für die Volksschule**. Der Verband hatte sich bisher vor allem auf die Hochschul- und Fachhochschulpolitik konzentriert. Weil mit dem HarmoS-Konkordat nun auch die obligatorische Schule zunehmend national diskutiert werde, wollte er sich auch dort einbringen. Er stützte sich dabei auf die Ergebnisse einer Umfrage bei über 770 Schweizer Firmen, die zeigte, dass die Betriebe das Leistungsniveau der Schüler in der Erstsprache (Deutsch oder Französisch) und Mathematik als ungenügend einstufen. Aufgrund dieser Resultate forderte der Wirtschaftsverband, dass die Volksschule künftig wieder klare Prioritäten setzen müsse. Ausserdem empfahl er, mit dem HarmoS-Konkordat und dem Lehrplan 21 nicht nur die sogenannten Mindeststandards, sondern auch die Ergebnisse der guten und sehr guten Schüler regelmässig zu überprüfen. Damit möchte Economiesuisse erreichen, dass die Leistungen der Kantone im Schulwesen auch bei den hohen Niveaus vergleichbar werden. Indem die Unterschiede zwischen den Kantonen aufgezeigt würden, hätten diese die Chance voneinander zu lernen und es könnte sich der beste Standard durchsetzen.<sup>12</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 15.09.2011  
SUZANNE SCHÄR

**Lehrerlöhne, Lehrerbildung und Lehrermangel** waren im Berichtsjahr Dauerthema im öffentlichen Diskurs. Aufgrund der grossen kantonalen Unterschiede bei den Einstiegsgehältern befürchteten finanzschwächere Kantone, dass sich der Lehrermangel durch Abwanderung von Lehrpersonen in lohngünstigere Kantone verschärfen würde. Zur Rekrutierung von Quereinsteigern als unmittelbare Massnahme gegen den Lehrermangel forderten die SVP und die CVP eine praxisorientierte, verkürzte Lehrerausbildung. Im Spätsommer des Berichtsjahrs starteten an den Pädagogischen Hochschulen (PH) der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), an der PH Zürich sowie an der PH Bern die ersten Jahrgänge mit der berufsbegleitenden Ausbildung. Als gängige Diplome anerkannt werden je nach Zielschulstufe eine abgeschlossene Berufslehre, die Fach-, die Berufs- oder die allgemeinbildende Matur, wahlweise mit Nachweis einer mehrjährigen Berufserfahrung. Je nach PH bestehen noch weitere Aufnahmebedingungen. Die beteiligten Kantone (FHNW: BS, BL, SO, AG; BE und ZH) akzeptieren die Abschlüsse gegenseitig. Angestrebt wird auch die gesamtschweizerische Anerkennung durch die EDK. Diese gab im September des Berichtsjahrs Vorschläge für eine Weiterentwicklung des Diplomanerkennungsrechts in Anhörung.<sup>13</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 23.08.2013  
GUILLAUME ZUMOFEN

Si les cantons romands ont intégré au plan d'étude romand PER des leçons qui mettent en avant, non seulement l'apprentissage des outils informatiques, mais aussi **une réflexion sur l'outil internet dans sa globalité**, cette question est restée plus délicate dans les cantons alémaniques. Dans le cadre de ces leçons dénommées « compétence médiatique », nous pouvons citer par exemple l'importance des contenus des documents partagés, de la sécurité, ou encore des risques que l'on peut rencontrer sur la toile. Outre-Sarine, même si l'on a décidé d'intégrer de telles leçons au Lehrplan 21, quelques voix se sont élevées pour indiquer que de tels cours se feraient au détriment de leçons de bases comme celles de lecture ou d'arithmétique. Ces réactions négatives ont donné du fil à retordre à Pro Juventute qui œuvre pour que de tels cours soient intégrés dans le Lehrplan 21.<sup>14</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 24.09.2014  
GUILLAUME ZUMOFEN

L'enquête **PISA 2012**, test standardisé à l'échelle internationale, a livré son verdict. Des résultats stables et généralement au-dessus des moyennes internationales sont venus couronner la formation de haut niveau délivrée en Suisse. A l'échelle nationale, les cantons romands se sont illustrés en mathématique et lecture, alors que les cantons alémaniques tiennent le haut du classement en science. En outre, les résultats obtenus ne sont pas encore marqués de la patte HarmoS, instauré en 2009.<sup>15</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 02.07.2015  
GUILLAUME ZUMOFEN

Plusieurs articles relatifs à l'**Harmonisation des systèmes scolaires** ont éclos à l'aube de la rentrée scolaire en août. Du côté romand, l'harmonisation et la coordination, voulues par le concordat HarmoS et la Convention scolaire romande qui en découle, devaient se concrétiser à partir du 1er août 2015. Le début de la scolarité à 4 ans ou encore trois ans de secondaire I sont autant de mesures qui symbolisent cette harmonisation. De l'autre côté de la Sarine, l'harmonisation est plus compliquée. Le nombre élevé de cantons ne facilite pas les discussions. La question de l'enseignement de la seconde langue nationale est un exemple de débat houleux entre plusieurs cantons. Certains acteurs envisagent ainsi une potentielle intervention fédérale.<sup>16</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 08.11.2015  
GUILLAUME ZUMOFEN

Toujours dans le viseur de nombreux parents, politiciens mais aussi spécialistes de l'éducation, le **Lehrplan 21** a continué à subir le feu des critiques. Paralysie du système scolaire, irréaliste, sans légitimité politique ou encore trop cher, le Lehrplan 21 a encaissé les coups.<sup>17</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 10.04.2016  
GUILLAUME ZUMOFEN

La décision de l'école secondaire de Therwil, dans le canton de Bâle-Ville, de dispenser deux élèves de **serrer la main de leur enseignante** pour des motifs religieux a créé une vague de réactions qui a balayé toute la Suisse. Le Conseil fédéral, par l'intermédiaire de la ministre de la justice Simonetta Sommaruga, a déclaré que « la poignée de main faisait partie de notre culture ». Il estime ainsi que l'argument de la liberté de croyance n'est pas suffisant. Du côté de la Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP), Christoph Eymann considère qu'une telle exception ne rend pas service à la communauté musulmane. Après les débats sur le port du voile ou l'exemption des cours de natation, la question du serrage de main mêle, à nouveau, les questions d'intégration et la politique d'éducation.<sup>18</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 26.05.2016  
GUILLAUME ZUMOFEN

Dans le canton de Bâle-Campagne, les autorités ont décidé d'**annuler la dispense de serrer la main** à un/-e enseignant/-e dont bénéficiaient deux étudiants de religion musulmane. Cette décision découle du débat qui a pris sa source au sein de l'école de Therwil (BL), avant de secouer la Suisse toute entière. Pour être précis, dans le courant du mois d'avril, plusieurs médias ont révélé que deux frères syriens refusaient de serrer la main à leurs enseignants pour des motifs religieux. Cette situation a créé une polémique nationale qui a forcé le Département cantonal de l'éducation à réagir. Ainsi, l'expertise juridique mandatée par le Canton a rendu sa décision. Elle estime que l'intérêt public, lié notamment à l'égalité homme-femme mais aussi à l'intégration des personnes étrangères primait sur la liberté de croyance.<sup>19</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 04.04.2017  
SAMUEL BERNET

Am 4. April 2017 veröffentlichte ein ehemaliger Schüler Jürg Jegges das Buch „Jürg Jegges dunkle Seite: Die Übergriffe des Musterpädagogen“, in welchem er dem bekannten Sonderschullehrer und Pädagogen vorwarf, ihn während seiner Zeit als Schüler sexuell missbraucht zu haben. Der mittlerweile 74-jährige Jegge erlangte in der Schweiz Bekanntheit nach der Veröffentlichung seines Buches „Dummheit ist lernbar“ im Jahr 1976, in dem Jegge die klassische Volksschule für ihre Behandlung von leistungsschwachen Schülern kritisiert hatte. Kurz nach Veröffentlichung des Buches seines mittlerweile 58-jährigen ehemaligen Schülers, am 8. April 2017, gab Jegge zu, dass es zwischen ihm und einigen seiner Schülern – Jegge sprach im Tagesanzeiger von „etwas unter zehn“ – zu sexuellen Kontakten gekommen sei. Er sei der Meinung gewesen, dass diese Kontakte in gegenseitigem Einvernehmen stattgefunden hätten und er sei damals überzeugt gewesen, dass „derartige Sexualität einen Beitrag leiste zur Selbstbefreiung und zur persönlichen Weiterentwicklung“, sagte Jegge gegenüber der NZZ. Diese Überzeugung habe er nicht alleine gehabt, vielmehr sei sie im „links-grünen Kuchen“ und gewissen pädagogischen Kreisen auch diskutiert worden. Die Medien kritisierten Jegge dafür, dass er, obwohl derart überzeugt von der pädagogischen Wirkung sexueller Kontakte zwischen Lehrern und Schülern, in seinem 1976 erschienenen und weitherum gefeierten Buch nichts von diesen „Praktiken“ erwähnt hatte. Ebenfalls starke Kritik erntete Jegge von Seiten der Medien dafür, dass er von einer Ebenbürtigkeit der Beziehung zwischen Lehrern und Schülern ausging und nicht erkannt habe, dass zwischen einem Lehrer und dessen minderjährigen Schülern ein Machtgefälle bestehe. Jegges Darstellungen liessen auch den Verdacht aufkommen, dass es sich beim **Fall Jegge** um keinen Einzelfall gehandelt hatte. Wenn er wüsste, dass es noch andere Pädagogen gegeben habe, die Sex mit ihren minderjährigen Schülern

hatten, würde er es nicht sagen, so Jegge. „Ich war sicher nicht der Einzige“, meinte er im Interview mit der NZZ. Diese Aussage veranlasste Natalie Rickli (svp, ZH), im Nationalrat ein Postulat einzureichen. Mitte April gab die Staatsanwaltschaft Zürich bekannt, dass sie ein Vorabklärungsverfahren wegen Verdachts auf sexuelle Handlungen mit Kindern eingeleitet habe, dabei kam es auch zu einer Hausdurchsuchung bei Jegge. Bereits damals mutmassten jedoch einige Medien, dass allfällige Straftaten Jegges bereits verjährt sein dürften. Mitte Mai gab die Bildungsdirektion des Kanton Zürich bekannt, dass sie die Hintergründe des Falls Jürg Jegge abklären wolle. Mithilfe eines Rechtsexperten sollte die damals geltende Rechtslage bezüglich sonderpädagogischen Massnahmen aufgearbeitet werden, womit auch geklärt werden sollte, ob die Gesetze von den Behörden und den involvierten Personen eingehalten wurden. Zudem sollten die relevanten Akten so aufbereitet werden, dass sie für eine allfällige bildungshistorische Auswertung genutzt werden können.<sup>20</sup>

---

1) Presse vom 3.9.01.

2) Presse vom 17.05.00; Presse vom 17.11.00; Presse vom 22.11.00.

3) Presse vom 14.11. und 21.11.01.

4) Bund, 22.1.,13.11. und 21.12.02; AZ, 16.12. und 17.12.02; BS: BaZ, 14.2. und 4.12.02; CdT, 9.1. und 26.11.02; SGT, 13.12.02.

5) Presse vom 16.5.03.

6) BZ, 3.3. und 23.6.06.

7) NZZ, 1.12 und 23.12.06.

8) TA, 22.4.08; NLZ, 5.8.08; Lib. und LT, 1.9.08; Lib. und NZZ, 25.11.08; TA, 22.4.08.

9) NLZ, 26.4.08; SGT, 22.5.08.

10) NLZ, 8.9.08.

11) AZ und BaZ, 27.5.08; SN, 8.7.08; AZ und BzZ, 29.8.08; AZ und NZZ, 11.9.08.

12) TA, 31.5. und 23.6.10; 24h, 1.6.10; NZZ, 23.6.10.

13) Medienmitteilung EDK vom 15.9.11.; SN, 15.2.11; TA, 21.2. und 20.5.11; LT, 2.5.11, NLZ, 31.10.11; SoZ, 22.5. und 7.8.11; BaZ, 11.6.11; SN, 15.7.11; TA, 22.8.11, NZZ, 16.9.11.

14) TG, 23.8.13.

15) Presse du 24.09.2014

16) BZ, 1.7.15; BZ, LZ, SGT, 2.7.15; LT, 24.7.15; SGT, 22.8.15; SZ, 29.8.15

17) SO, 8.11.15; NZZ, 25.11.15; SoZ, 29.11., 6.12.15

18) SO, 3.4.16; Blick, 4.4.16; BZ, Blick, TA, TG, 5.4.16; LMD, SZ, 6.4.16; TG, 7.4.16; AZ, 8.4.16; SO, SoZ, 10.4.16

19) LT, 26.5.16; SO, 29.5.16; LT, 31.5., 23.6.16

20) Medienmitteilung Bildungsdirektion Kanton Zürich, Aufarbeitung des Falls „Jürg Jegge“, 16.5.17; Medienmitteilung Staatsanwaltschaft Kanton Zürich, Hausdurchsuchung bei ehemaligem Sonderschullehrer, 13.4.17; Blick, 5.4., 6.4.17; TA, 7.4.17; AZ, NZZ, TA, 8.4.17; So-Bli, SoZ, 9.4.17; LZ, WW, 13.4.17; SoZ, 16.4.17; NZZ, 24.4.17